



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### Beitragsauseinandersetzungen Einhalt gebieten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das von den Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegte und am 3. Juni 2016 beschlossene Zweite Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes entgegen allen Beteuerungen keine Rechtssicherheit bei der Erhebung umstrittener Beitragsforderungen schafft. Insbesondere bleiben die Möglichkeiten, Beitragsauseinandersetzungen in einem Moratorium auszusetzen oder durch Vergleich zu entscheiden, weitestgehend ungenutzt.
2. Der Landtag missbilligt das Vorgehen kommunaler Zweckverbände, vor der Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes im anhängigen Normenkontrollverfahren (LVG 1/16), durch den Versand von Mahnbescheiden und weiteren Maßnahmen massiven Druck auf die Bürgerinnen und Bürger auszuüben, die sich gegen die umstrittenen Beitragsforderungen wehren.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich unverzüglich ins Benehmen mit den kommunalen Zweckverbänden zu setzen, um unbillige Härten gegenüber Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden.
4. Im Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung sowie im Ausschuss für Inneres und Sport soll die Landesregierung bereits im Januar 2017 über die Ergebnisse berichten, die die Gespräche mit den kommunalen Zweckverbänden erbrachten.

### Begründung

Die im Juni 2016 geschaffenen rechtlichen Möglichkeiten, bestehende Beitragsauseinandersetzungen in einem Moratorium auszusetzen oder durch Vergleich zu entscheiden, bleiben weitestgehend ungenutzt.

(Ausgegeben am 07.12.2016)

Statt Rechtssicherheit zu schaffen, setzt(e) in den letzten Wochen eine regelrechte Welle von Mahnungen und weiteren Maßnahmen betroffene Bürgerinnen und Bürger unter Druck. Dieses Vorgehen kommunaler Zweckverbände ist aus Sicht der Antragstellerin zu missbilligen.

Hier ist die Landesregierung in der Pflicht, zu handeln. Sie soll sich unverzüglich mit den betroffenen Zweckverbänden ins Benehmen setzen, um den Beitragsauseinandersetzungen Einhalt zu gebieten und unbillige Härten gegenüber Bürgerinnen und Bürgern zu vermeiden.

Swen Knöchel  
Fraktionsvorsitzender